zu 1. (Integration Asylsuchender in den Arbeitsmarkt)

Der europäische Arbeitsmarkt ist dringend auf migrantische Arbeitskräfte angewiesen, auch auf Asylsuchende. Ohne sie geht es längst nicht mehr in Wissenschaft, Medizin, Pflege, Transport, Bauwesen, Gastronomie und anderen Branchen. Die Integration in den Arbeitsmarkt darf Zeit kosten, denn Spracherwerb, Umschulungen und Weiterbildungen gehen nun einmal nicht von heute auf morgen. Manche Asylsuchende können aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten, auch sie sind uns willkommen. Ohne diese Willkommenskultur fühlen sich auch diejenigen Migrant.innen abgestoßen, die wir für viel Geld anwerben, weshalb z. B. Deutschland bei der "Bleibeattraktivität" weit unten rangiert. Wer hochqualifizierte Fachkräfte gewinnen und halten will, muss für alle Migrant.innen ein positives Klima schaffen. Die Klimaliste setzt sich ein für Willkommenskultur, Unterstützung für Länder und Gemeinden, die Geflüchtete aufnehmen, Förderung von Sprach- und anderen Kursen, Entbürokratisierung sowie für die Zusammenführung aller bürokratischen und anderen Anforderungen an Migrant.innen in Willkommenszentren mit Integrationslotsen. Mehr dazu in unserem Wahlprogramm unter 10.2. (Seite 269ff).

zu 2. (Lager an EU-Außengrenzen)

Die Klimaliste lehnt diese Lager ab. Lesen Sie dazu bitte in unserem EU-Wahlprogramm unter 10.2.2.1 "Wie die EU an den Herausforderungen scheitert" (Seite 272).

zu 3. (Migrationspartnerschaften)

Die Klimaliste lehnt diese "Partnerschaften" ab. In unserem EU-Wahlprogramm heißt es dazu u. a. (10.2.2.1, Seite 272): "Zur Abschreckung von Flüchtenden hat die EU schon vor Jahren so genannte 'Mobilitätspartnerschaften' abgeschlossen: Autokratische Regime, die sich an keine menschenrechtlichen Standards halten, erhalten Geld und Privilegien, wenn sie im Gegenzug Flüchtende an der Weiterreise hindern. So kooperiert die EU mit Libyen, wo 'Dunkelhäutige' rassistisch verfolgt, ermordet, gefoltert, verfolgt und versklavt werden. Libyens Präsident treibt mit seinen rassistischen Kampagnen die Flüchtenden überhaupt erst aufs Mittelmeer. Dort werden sie dann im Auftrag der EU von der libyschen Küstenwache abgefangen. Anschließend werden sie an die Schleuser zurückverkauft, denen die EU angeblich das Handwerk legen möchte." Nicht mit der Klimaliste!

zu 4. (Tierschutz)

Tierrechte sind ein starker Schwerpunkt in unserem EU-Wahlprogramm (Seite 34ff). Wir prangern Missstände in der Landwirtschaft an und fordern strengere Regeln, schärfere Kontrollen und höhere Strafen bei Tierrechtsverstößen (siehe 3.2 ab S. 34). Wir fordern Maßnahmen für drastisch weniger Nutztierhaltung mit erheblich höheren Tierwohl-Standards (siehe 3.3 ab S. 46) sowie die Förderung fleischarmer, vegetarischer und veganer Ernährung (Seite 55ff). Wir sind gegen Tierversuche (siehe 3.4 Seite 62ff) und wenden uns gemeinsam mit der Tierschutzpartei gegen die Misshandlung von Tieren im Sport (3.5 Seite 69ff).

Natur- und Artenschutz liegt uns sehr am Herzen, wir haben dazu in unserem EU-Wahlprogramm ein ausführliches Kapitel (Seite 84 - 123). Selbstverständlich sind wir dafür, den Natur- und Artenschutz finanziell besser auszustatten.

zu 5. (Lieferkettengesetz)

Wir sprechen uns entschieden gegen die Abschwächung des Gesetzes aus, die die FDP durchgesetzt hat: https://klimaliste.org/stellungnahme/lieferkettengesetz/

Ein Lieferkettengesetz ist auch für unsere Industrie wichtig, damit der europäische Markt vor menschenrechtsunwürdig hergestellten Billigprodukten geschützt wird. Mehr dazu in unserem EU-Wahlprogramm ab Seite 253 (9.3).

zu 6. (EU-weite Bahnreisen)

In der Tat steht die Standarisierung einer Buchungsschnittstelle als Erweiterung zu NeTEx in unserem Programm (siehe 5.3.1, Seite 149).

zu 7. (Konfliktmineralien)

Die Klimaliste fordert (5.2.3, Seite 142): "Beim Abbau von Ressourcen für E-Autos – und nicht nur für sie – müssen hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards gelten. Die schonendste verfügbare Methode muss eingesetzt werden. Die Bevölkerung der Abbaugebiete muss vorab informiert sowie an Entscheidung und Gewinn beteiligt werden. Arbeiter.innen müssen fair entlohnt werden, die Arbeitsbedingungen müssen fair und sicher sein." Diese Forderungen sind mit einem Import aus Kriegsregionen unvereinbar.

zu 8. (Außenpolitische Verantwortung)

Die Klimaliste sieht einen engen Zusammenhang zwischen Frieden, Klimaschutz und Umweltschutz. Heute schon haben viele Konflikte einen Hintergrund in der Erderhitzung, und je länger wir konsequenten Klimaschutz verweigern, desto mehr wächst die Kriegsgefahr. Dabei ist das Militär selbst ein Treiber der Erderhitzung. Wir fordern u. a. Asyl für alle Kriegsdeserteure, keine EU-Gelder für militärische Zwecke, keine nukleare Teilhabe der atomwaffenfreien EU-Staaten und ein Hinwirken auf einen baldestmöglichen Waffenstillstand und nachhaltigen Frieden bei allen bewaffneten Konflikten. Mehr zu unseren Friedens-Positionen finden Sie in unserem Wahlprogramm unter 10.1 (Seite 264ff). Zu unserer Verantwortung gegenüber den Ländern des Globalen Südens siehe auch 2.2 Klimagerechtigkeit – Klimafonds – Reparationszahlungen (Seite 18ff).